

**Rede von KO Dr. Karl Schnell zum
Landesvoranschlag 2012 am 14. Dezember 2011**

Es gibt noch viel zu tun – also packen wir es an! So könnte man die derzeitige Situation auf dem Weg zu einem konsolidierten Landeshaushalt zusammenfassen. Ob wir – und damit meine ich die Salzburger Landesregierung und den Salzburger Landtag – es tatsächlich anpacken, oder ob den großen Worten wieder einmal nur bescheidene Taten folgen, soll Thema meiner Anmerkungen zum Landesvoranschlag 2012 sein.

Die nüchterne Analyse zeigt uns, dass das Ende der Fahnenstange längst noch nicht erreicht ist. Der Schuldenstand des Landes steigt um 98 Millionen Euro oder um 12,6 %. Seit 2008 haben sich die Schulden des Landes von 431 Millionen Euro auf 875 Millionen Euro also mehr als verdoppelt. Die Prognosen für die Folgejahre zeigen uns, dass die Milliarden-Schulden-Schallmauer in greifbare Nähe gerückt ist.

Es ist also folgerichtig, den Sparstift anzusetzen. Das hat die Landesregierung auch gemacht. Die Budgetrichtlinien für 2012 sind durchaus konsequent und wirksam. Dies zeigt sich auch in ihrer Wirkung von 56 Millionen Euro allein im Jahr 2012. Das Richtige zu machen, heißt aber noch lange nicht das Richtige richtig zu machen.

Vom Geist der Kreativität war dabei die Landesregierung nicht beseelt. Denn dieser Landesvoranschlag lässt jedwede Originalität vermissen. Wieder einmal wurde die Rundfunkabgabe erhöht.

Wieder einmal wurden die Politikergehälter eingefroren und wieder einmal wurde die Parteienförderung gekürzt. Sie finden zwar in der FPÖ immer einen Partner, wenn es um das Sparen bei sich selbst geht.

Wenig originell ist auch die Erhöhung der Gebühren. Ich halte diese Maßnahme sogar für falsch, weil sich das Land hier von seinen Grundaufgaben verabschiedet, bestimmte Dienstleitungen der Behörden kostengünstig anzubieten. Mit den alten Rezepten wird man die neuen Probleme nicht bewältigen können. Irgendwann wird das Maß erreicht sein und man wird nicht mehr beliebig an der Gebührenschaube drehen können und dann stellt sich die Frage: Was dann? Verabschiedet man sich dann vollends von ehernen Grundsätzen der Landespolitik? Vergreift man sich dann an zweckgebundenen Geldern oder verkauft seine Beteiligungen an den Landesunternehmen?

Es deutet vieles darauf hin, denn 2012 werden 1,5 Millionen Euro Wohnbaugelder zur Budgetsanierung verwendet. Begründet wird dies mit einem Kostenersatz für die Verwaltung des Landeswohnbaufonds. Eine schlechtere Ausrede für die Geldbeschaffung habe ich selten gehört. Dann noch auf eine Empfehlung des Landesrechnungshofs zu verweisen, die es gar nicht gibt, zeigt zumindest von einem gehörigen Maß an schlechtem Gewissen. Es ist geradezu absurd, von einem Fonds, den ich selbst gegründet habe, Geld für dessen Verwaltung in Rechnung zu stellen. Denn die Verwaltung des Fonds kostet ja nichts, sondern nur die Vollziehung des Wohnbauförderungsgesetzes. Dieses Gesetz wurde vor der Gründung des Fonds von der Abteilung 10 vollzogen und es wird auch in Zukunft so sein. Dass man sich nun an Wohnbaugeldern vergreift, ist ein Tabubruch.

Auch die Begehrlichkeiten an den Erträgen von Unternehmen des Landes werden immer offenkundiger. Der Salzburger Flughafen muss heuer 2,7 Millionen Euro abliefern und die Salzburg AG gar 12,1 Millionen Euro. Das sind insgesamt um 4 Millionen Euro mehr als 2011. Mit den erhöhten Dividendenforderungen engt man aber den Spielraum dieser Unternehmen ein. Gerade von der Salzburg AG wird auf der einen Seite immer wieder verlangt, verstärkt in erneuerbare Energieformen zu investieren, auf der anderen Seite entzieht man ihr wichtiges Kapital. Wenn das Land schon Dividenden aus solchen Unternehmen nimmt, so sollte der Einsatz dieser Mittel auch einigermaßen dem Unternehmenszweck entsprechen. Ich denke hier etwa an Schwerpunktförderung für die Effizienzsteigerung der Kleinkraftwerke. Hier hat Salzburg ein ebenso hohes Potenzial wie es Nachholbedarf hat. Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen befürchte ich, dass die Leitbetriebe des Landes über kurz oder Land auf dem Altar der Budgetsanierung geopfert werden. In meiner langen politischen Tätigkeit in diesem Hause habe ich schon so viele heilige Eide schwören gehört, dass es mich nicht wundern würde, wenn das Bekenntnis zu den Betrieben der Grundversorgung auch nur ein Lippenbekenntnis war.

Das vorliegende Budget zeigt auch einen bedauerlichen und schmerzlichen Paradigmenwechsel. Gestalten mit Herz und Verstand wurde durch das Reagieren mit den Instrumenten des Buchhalters ersetzt. Nicht anders ist es zu erklären, dass für Menschen, die knapp über der Armutsgrenze leben müssen und Mindestsicherung beziehen, keine 500.000 Euro in der Landeskasse sind.

Seit 2010 wird Beziehen der Mindestsicherung die Unterstützung in den Monaten der Sonderzahlung entzogen.

Wir reden hier von Menschen, die nicht einmal 800 Euro im Monat zur Verfügung haben und die ihr Leben mit Müh und Not bestreiten können. Diesen Menschen verwehren Sie mit fadenscheinigen Argumenten die Unterstützung. Sie benachteiligen Familien mit Kindern und Pensionisten. Die derzeitige Regelung im Mindestsicherungsgesetz ist ungerecht und unsozial und Sie haben nicht den Willen, das zu ändern. Wieder einmal waren es nur Versprechungen und Ankündigungen, die letztendlich dann doch wieder nicht eingelöst wurden.

Ein anderes Beispiel mit minimalen Einsparungen aber mit großen negativen Folgewirkungen findet sich im Familienbereich. Durch das Auflösen der Hausstandsgründungsförderung erwartet man sich Einsparungen von 90.000 Euro. Begründet wird dies damit, dass bei einem Förder volumen von 50.000,- Euro 40.000,- Euro Verwaltungskosten auflaufen würden. Es wurde dem Landtag vorgegaukelt, man könnte mit dieser Maßnahme 90.000,- Euro einsparen.

Das ist natürlich unrichtig, weil die Förderung in der Gewährung von Zinszuschüssen zu Darlehen besteht, die bis zu 10 Jahre Laufzeit haben. Im Budget 2012 sind nach wie vor 31.000,- Euro budgetiert. Die Verwaltungskosten werden wahrscheinlich mit 40.000,- Euro gleich bleiben, sodass eine Einsparung von 19.000,- Euro übrig bleiben wird. Was bleibt ist eine Einsparung von lächerlichen 19.000,- auf Kosten einer bewährten Familienförderung, die insbesondere Familien mit Kindern zugute gekommen ist.

Letztes Beispiel für eine Politik ohne Herz ist die Kürzung der Zuschüsse zum Siedlungswesen für Land- und Forstarbeiter. Diese Einsparungen gehen überwiegend zu Lasten der Landarbeiter, die nicht unbedingt zu den Großverdienern zählen. Ich kann nicht nachvollziehen, dass bei dieser kleinen Gruppe der Sparstift so radikal angesetzt wurde. Vielleicht ist es ein Ausgleich für die mächtige Landwirtschaftskammer, die sich über einen Zuschlag von rund 130.000,- Euro freuen kann.

Vielleicht sollte man auch darüber nachdenken, bei der Landwirtschaftskammer die gleichen Maßstäbe anzusetzen. Es wäre nämlich nun eine gute Gelegenheit von der Förderung der Institutionen hin zu einer Förderung der konkreten Leistungen zu kommen.

Ein Dauerbrenner sind Kürzungen beim Personal. In den letzten Jahren gehört es zum guten Ton, auf die Landesbediensteten hinzuhacken und sie zum lästigen Kostenfaktor zu degradieren. Es entspricht also nicht dem Zeitgeist, die Landesbediensteten in Schutz nehmen. Ich möchte aber trotzdem eine Lanze für die mehr als 2.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung brechen. Die Landesregierung hat für das Doppelbudget 2010/11 beschlossen, insgesamt 140 Dienstposten alleine in der Verwaltung einzusparen. Seit 2010 wurden insgesamt 129 Dienstposten eingespart. Ich meine, dass damit die Vorgabe als erfüllt angesehen werden kann.

Ich meine auch, dass es höchst an der Zeit ist, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landesverwaltung wieder mehr Wertschätzung entgegen zu bringen. Hier wird jeden Tag wertvolle und wichtige Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger erbracht. Wenn diese Leistungen nicht mehr gefragt sind, dann muss es auch klar ausgesprochen werden.

Personal abzubauen und gleichzeitig neue Aufgaben zu schaffen, wird auf Dauer nicht funktionieren. Insbesondere dann, wenn es um sensible Bereiche, wie etwa der Jugendwohlfahrt geht. Die öffentliche Verwaltung muss sich auf das Wesentliche konzentrieren und die Dienstleistung am Bürger in den Vordergrund stellen. Die Salzburger Landesbediensteten verfügen hier über hohes Potenzial. Man muss ihnen aber auch die Luft zum Atmen lassen, um diese Aufgaben erfüllen zu können. Massive Einsparungen beim Personal, ein weiterer Personalabbau und eine noch höhere Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen zwangsläufig zu einem Leistungsverlust und beschädigen insgesamt den Ruf des Landes als vorbildlicher Dienstgeber und Dienstleister.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der Landesvoranschlag 2012 lediglich ein Mosaikstein auf dem Weg zu einer Null-Neuverschuldung ist. Dieser Mosaikstein ist aber so klein, dass das große Ganze bei nüchterner Betrachtung noch nicht erkennbar ist. Sicherlich verfügt der Landesfinanzreferent schon von Berufs wegen über mehr Weitsicht, doch war sein Blick in die Kugel der Erkenntnis schon einmal sehr getrübt. Die gemeinsamen Bestimmungen für die Haushaltsjahre 2010 bis 2014 sehen unter anderem vor, dass spätestens bis zum Ende der Gesetzgebungsperiode ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden soll. Von diesem Ziel, das immerhin Teil des Landeshaushaltsgesetzes ist, ist nichts mehr übrig geblieben.

Das neue Etappenziel heißt 2017. Erst in diesem Jahr soll wieder ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden. Es ist aber derzeit nicht absehbar, woher dieser Optimismus kommt. Die derzeitige Ausgangslage ist denkbar schlecht. Im September 2011 hat das Finanzressort einen Bericht über die Budgetlage des Landes vorgelegt.

Selbst unter der Voraussetzung der Umsetzung der Budgetrichtlinien 2012 steht uns im Jahr 2017 noch immer eine Neuverschuldung von weiteren 86 Millionen Euro bevor. Schenkt man Ihren eigenen Berechnungen Glauben, so hat das Land bis dahin einen Schuldenstand von 1265 Millionen Euro, also um 390 Millionen Euro mehr als bisher.

Wie es gelingen soll, 2017 eine Punktlandung hin zu legen, ist uns schleierhaft. Die Landesregierung wird sich also erheblich mehr einfallen lassen müssen, als beim Budget 2012.

Dies ist auch der Grund, warum wir diesem Landeshaushalt die Zustimmung verweigern.

Uns fehlen die nachvollziehbaren Perspektiven, die uns schon seit 2009 versprochen werden. Von den großen Strukturmaßnahmen ist wie eh und je nichts zu bemerken. Wie bisher frettet man sich weiter. Man dreht etwas an der Gebührenschaube, verkauft ein paar Grundstücke, trennt sich von wenig ertragreichen Beteiligungen und lässt alles im Wesentlichen beim Alten. Zugegebenermaßen sind die Ausgabenobergrenzen eine neue Qualität, die man nicht kleinreden darf. In fast 20 Jahren Landespolitik ist dies die erste Maßnahme, die wirklich neu ist und die vielleicht ein neues Handeln ermöglicht.

Kein Verständnis haben wir für die Änderung der Landesverfassung im Bezug auf die Budgeterstellung. Seit 1945 hat es keinen Anlassfall gegeben, dass das Budget nicht zeitgerecht vorgelegt worden wäre. Nun plötzlich braucht man ein Notfall-Szenario.

Ich frage mich nur, warum? Hat die Landesregierung so wenig Selbstvertrauen in sich selbst? Oder vertrauen sich die Parteien in der Landesregierung selbst nicht mehr und befürchten, dass der jeweils andere den Budgetbeschluss torpedieren könnte. Was immer es ist, es besteht keinerlei Notwendigkeit, eine solche Regelung zu treffen.

Die Möglichkeit, den alten Landeshaushalt über den Jahreswechsel hinweg fortzuschreiben, ist sogar kontraproduktiv. Der Druck, rechtzeitig ein Budget vorzulegen, geht verloren und Probleme, die man früher pragmatisch gelöst hätte, werden auf die lange Bank geschoben. Es ist auch ein Irrtum zu glauben, dass eine Verschiebung des Budgetbeschlusses zu einer Qualitätssteigerung führen würde. Denn wenn ich heute keine Lösung habe, dann habe ich sie morgen auch nicht.

Das Budget 2012 oder wie David Brenner versucht, einem Glatzkopf einen neuen Haarschnitt zu verpassen, so lässt sich unser Resümee zusammenfassen. David Brenner hat 2012 die große Prozent-Schere gezückt und einmal auf 5 % eingestellt. Mit dieser Schere hat er den Landeshaushalt 2011 zu Recht gestutzt. Zum Faconieren hat er noch auf 8 %-Einstellung aufgesetzt und dort und da etwas nachgeschnitten.

Das Ergebnis ist der Landesvoranschlag 2012. Einen Schönheitswettbewerb wird man damit aber nicht gewinnen, denn das Ergebnis ist vielfach etwas zerrupft und zerzaust. Denn das Problem an den Brenner'schen Schneidekünsten ist, dass die vorherigen Landeshaushalte eher einem Kurzhaarschnitt glichen als einer vollen Mähne. Zum Teil gehen die Einschnitte also schon an die Substanz und es ist nur mehr eine Frage der Zeit, bis es wirklich wehtut.

Zusammenfassend kann ich für meine Fraktion festhalten, dass diesem Landesvoranschlag 2012 in vielen Bereichen die zündende Idee fehlt. Ich gestehe zu, dass ansatzweise neue Wege beschritten werden, aber für eine Zustimmung unsererseits ist das noch zu wenig. Vielleicht kann uns die Landesregierung im Jahre 2013 überzeugen?